



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 177. Ratssitzung vom 28. Januar 2026

5760. 2025/323

Postulat von Anna Graff (SP), Martin Busekros (Grüne) und Dr. Jonas Keller (SP) vom 09.07.2025:

Umweltfreundliches Bauen, Umsetzung von Bauprojekten mit Vorbildcharakter auf dem MFO-Areal in Oerlikon

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4877/2025): Die Stadt Zürich hat das Industrieareal MFO-West erworben. Dadurch eröffnen sich auf 25 500 Quadratmetern grosse Chancen für ein neues Stadtquartier in Oerlikon. Geplant ist die erste städtische Wohnsiedlung in Oerlikon. In diesem Rahmen werden 220 preisgünstige Wohnungen, ein Quartierpark, ein Quartierplatz sowie kulturelle und gewerbliche Nutzungen, wie zum Beispiel ein Haus für Kultur und Kreislaufwirtschaft, realisiert. Dazu werden einerseits bestehende Bauten umgenutzt und damit erhalten, andererseits sind auch Neubauten vorgesehen. Der früheste Baubeginn liegt im Jahr 2031. Bis dann erfolgen auf der Ebene der Arealbereiche Machbarkeitsstudien und Projektwettbewerbe, auf deren Basis dann die Bauprojekte entwickelt werden. Mit diesem Postulat fordern wir von der SP und den Grünen den Stadtrat auf, diese Bauprojekte auf dem MFO-Areal nach den neuesten Erkenntnissen des umweltfreundlichen Bauens, dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft und dem Ziel des Erhalts der wertvollen Substanz zu planen und bauen. Die mit dem Meilenschritten 23 umgesetzten Standards sollen hierbei übertroffen werden, damit auf dem MFO-West-Areal ein Vorzeige-Grossprojekt im Sinne des nachhaltigen Bauens realisiert werden kann, das in der Erstellung und im Betrieb einen möglichst tiefen CO₂-Abdruck aufweist. Mit der Realisierung von Pionierprojekten auf diesem grossen Areal kann die Stadt nicht nur einen Beitrag zum städtischen Netto-Null-Ziel leisten, sondern auch neue Technologien und Methoden fördern und ihnen zur Marktreife verhelfen. Damit könnten diese künftig einfacher von Privaten genutzt werden. Diese Ziele sollten schon früh im Prozess, bereits im Rahmen der Machbarkeitsstudien und des Projektwettbewerbs, aufgenommen werden. Der Stadtrat nimmt das Postulat entgegen und ich bitte Sie um Unterstützung.

Samuel Balsiger (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 3. September 2025 gestellten Ablehnungsantrag: Sie machen sich Sorgen



um günstigen Wohnraum und wollen noch teurer bauen. Sie können nicht sehr kompliziert und gleichzeitig günstig bauen. Mit Netto-Null bewirken sie nichts, ausser die Kosten auf Stadtgebiet nach oben zu treiben. Das Netto-Null-Ziel kostet die Stadt und die Privaten etwa zwölf Milliarden. Dabei haben diese Massnahmen keine Auswirkung auf das globale Klima und sind unsozial. Dies belegt auch eine Studie des unabhängigen Forschungs- und Beratungsunternehmens INFRAS, die die Stadt Zürich in Auftrag gegeben hat. Diese trägt den Namen «Netto-Null Treibhausgase in der Stadt Zürich: Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter». Darin ist nachzulesen, dass das Netto-Null-Ziel die Mieten nach oben treiben wird. In der Studie steht weiter, dass aufgrund des Netto-Null-Ziels 40 000 Leerkündigungen drohen. Der Anteil der Stadt Zürich am menschengemachten CO₂-Ausstoss bewegt sich im Promille-Bereich. Sie richten damit grossen Schaden in dieser Stadt an und bewirken nichts, ausser dass Sie sich Steuergelder in die eigene Tasche stecken. Sie stellen Zehntausende von Leuten auf die Strasse für Ihre Klimapolitik, die null Auswirkungen auf das globale Klima hat.

Michael Schmid (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag: Samuel Balsiger (SVP), es gibt sehr viele gemeinnützige Wohnbauträger, die energetische Sanierungen umsetzen, ohne Leute auf die Strasse zu stellen oder die Mieten in dem von dir behaupteten Umfang zu erhöhen. Natürlich gibt es private Eigentümer, die jedes Argument nutzen, um oft auch mietrechtlich illegale Mieterhöhungen zu begründen. Was Leute auf die Strasse stellt, sind nicht klimapolitische Massnahmen der Stadt Zürich, sondern übertriebene Gewinnabschöpfungen der Kapitalgeber. Zurück zum Postulat: Ich bin nicht ganz zufrieden damit, weil der Fokus auf die Betrachtung des Energieaufwands bei der Erstellung von mir aus gesehen bereits recht gut etabliert ist und es an der Zeit wäre, weiterzugehen – insbesondere angesichts dessen, dass der grosse Hebel der Stadt Zürich bei den indirekten Emissionen liegt. Es wäre angebracht, zusätzliche Prüfungen einzufordern, die auch die Art der Nutzung der Gebäude betrachten. Wie viel Fläche wird pro Person benutzt? Wie verhalten sich die Leute in diesem Gebäude? Gibt es Aspekte einer lokalen Nachbarschaftsökonomie und einer Stadt der kurzen Wege? Diese Massnahmen sind nicht nur zur Erreichung der Klimaziele wichtig, sondern auch für eine zukunftsgerechte und lebenswerte Stadt, die die menschlichen Bedürfnisse besser bedient als viele aktuelle Ansätze. Deshalb stelle ich einen Textänderungsantrag beziehungsweise eine Ergänzung: «Nebst baulichen Massnahmen sollen die Bewohnung der Gebäude betreffende Aspekte in die Betrachtungen einfließen, insbesondere der Flächenbedarf je Bewohner*in, Ansätze der Nachbarschaftsökonomie und der Stadt der kurzen Wege.»

Weitere Wortmeldung:

Karin Stepinski (Die Mitte): Samuel Balsiger (SVP), mit Netto-Null in Zürich retten wir nicht das Weltklima, leisten aber einen kleinen Beitrag dazu. Die Stadt Zürich kann als gutes Beispiel vorangehen. Die Fraktion Die Mitte/EVP ist überzeugt von diesem Postulat. Das zirkuläre Bauen ist ein wichtiges Instrument, um dem Ziel weltweit näher zu kommen. Das Bauen, vor allem mit Zement und Beton, ist ein grosser Klimatreiber. Es stimmt, dass dieser Beitrag etwas kostet, aber auch das konventionelle Bauen kostet.



Haben wir das zirkuläre Bauen einmal durchexerziert, wird es aufgrund der Lernkurve irgendwann auch günstiger. Das Postulat ist ein ambitionierter Prüfauftrag. Die Forderungen sind nicht nur ökologisch, sondern langfristig auch ökonomisch sinnvoll. Das MFO-Areal soll zum Leuchtturmprojekt werden. Wir unterstützen das Postulat und die Textänderung.

Selina Frey (GLP): Karin Stepinski (Die Mitte) hat es auf den Punkt gebracht. Netto-Null entscheidet sich nicht auf dem Papier, sondern auch auf der Baustelle. Kreislaufwirtschaft ist mehr als Schall und Rauch. Einiges kann bereits angewendet werden, anderes wird gelernt und weiterentwickelt. Nachhaltiges Bauen darf kein Nischenexperiment sein, sondern muss zeitnah im grösseren Massstab funktionieren. Wir stimmen deshalb dem Postulat und der Textänderung zu.

Dr. Jonas Keller (SP) ist mit der Textänderung einverstanden: Ein Bauvorhaben, wie wir es im Postulat fordern, kann zu höheren Kostenmieten führen. Sie werden jedoch immer noch tiefer sein, als wenn ein privater, gewinnorientierter Bauherr das Areal konventionell überbauen würde. Die Bekämpfung des Klimawandels wird Geld kosten – je länger wir warten, desto mehr. Es muss eine Güterabwägung gemacht werden, weil es in der Politik nicht eine Lösung gibt, die alle Probleme auf einmal löst. Wir wollen bezahlbare Mieten. Wir wollen, dass die Stadt Zürich ihre Verantwortung beim Klimaschutz ernst nimmt. Weil wir an das Projekt glauben, haben wir das Postulat eingereicht. Die Stadt ist als grosse Bauherrin aussergewöhnlich gut dafür geeignet, die negativen Effekte abzufangen, und kann als Pionierin vorausgehen und privaten Bauherrschaften zeigen, dass umweltfreundliches Bauen möglich ist. Zürich hat ein verbindliches Netto-Null-Ziel, das etwas bringt. Es ist nicht die Idee, dass nur Zürich etwas macht, sondern alle. Es wird innovative Projekte wie dieses brauchen. Ich bitte Sie, das Postulat dem Stadtrat zu überweisen. Die Textänderung der AL nehmen wir an.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Wenn es darum geht, auf Fakten zu reagieren, verwenden Sie Floskeln. Sie sagen, die Kapitalisten seien schuld. Ich habe aus einer unabhängigen Studie zitiert, dass aufgrund Ihrer Klimapolitik 40 000 Lehrkündigungen drohen. Bei alten Gebäuden bringt es nichts, die Heizung zu ersetzen, wenn die ganze Wärme nach draussen zieht. Sie müssen dann das ganze Haus grundsanieren. Dann müssen die Leute raus und das geht nur mit einer Leerkündigung. Reagieren Sie bitte sachlich auf diese Studie. Wir brauchen keine Leuchtturmprojekte, die Gesamtkosten von 12 Milliarden Franken auf dem Stadtgebiet auslösen. Die 12 Milliarden Franken zahlt immer der Konsument. Es ist nicht der Vermieter, der weniger Renditen haben wird. Die Mieten steigen. In dieser Studie steht, dass die Mieten wegen Ihrer Klimapolitik markant ansteigen werden. Der Fortschritt kommt nie aus der Politik, sondern aus der Wissenschaft und Wirtschaft. Seit dem Jahr 1990 haben wir den CO₂-Ausstoss pro Kopf gemessen. Das ist die zentrale Messgrösse. Sie können nicht den absoluten CO₂-Ausstoss betrachten, wenn wir eine exorbitante Zuwanderung haben. Pro Kopf sank der CO₂-Ausstoss seit dem Jahr 1990 um 38,5 Prozent. Das ist eine massive Erfolgsgeschichte. Sie entkräftet



4 / 4

jedes Ihrer Argumente. Die Forschung und der Fortschritt sowie die neuen Technologien kommen. Es braucht keinen Aktivismus. Wir können einfach weitermachen, wie wir es vor Ihrer Angstpropaganda im Jahr 2019 taten.

Martin Busekros (Grüne): Samuel Balsiger (SVP), die Investitionen haben wir sowieso. Ob jemand eine kaputte Heizung durch Fernwärme ersetzt oder eine neue Gasheizung einbaut – beides kostet Geld. Heizen ist nicht gratis, nur weil die Stadt die Fernwärme nicht ausbaut. Bei Fernwärme geht das Geld an die Stadt, bei Gas an nicht demokratische Staaten. Wir wollen mit diesem Postulat, dass die Stadt ein Leuchtturmprojekt verwirklicht. Dieses hat nicht bloss eine indirekte Emissionswirkung. Neue Technologien können getestet werden, Erfahrungen werden im Prozess gewonnen und ein Umdenken entsteht. All diese Aspekte haben eine riesige Wirkung, die vielleicht sogar über die direkte Ersparnis von CO₂ hinausgeht. Wir haben ein riesiges Problem mit indirekten Emissionen in dieser Stadt. Diese machen den allergrössten Teil der Emissionen aus. Hier haben wir den grössten Hebel. Die Stadt selbst muss als Vorbild vorangehen. Deshalb danke ich euch für die Ja-Stimmen. Die Textänderung unterstützen wir.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie auf dem MFO-Areal in Zürich Oerlikon Bauprojekte mit Vorbildcharakter umgesetzt werden können, welche nach den neusten Erkenntnissen des umweltfreundlichen Bauens, den Prinzipien der Kreislaufwirtschaft und dem Ziel des Erhalts der wertvollen Substanz geplant und gebaut werden. Die Projekte sollen dabei deutlich über die Standards, welche auf Grund der «Meilen-schritte 23» bereits umgesetzt werden, hinausgehen. Nebst baulichen Massnahmen sollen die Bewohnung der Gebäude betreffende Aspekte in die Betrachtungen einfliessen, insbesondere der Flächenbedarf je Bewohner:in, Ansätze der Nachbarschaftsökonomie und der Stadt der kurzen Wege.

Das geänderte Postulat wird mit 81 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat